

FRIEDRICH RIEMANN

Konsequenzen für den ländlichen Raum aus der rückläufigen Bevölkerungszahl

Die negative Wanderungsbilanz, die weite Teile des ländlichen Raumes – hier verstanden als den Raum außerhalb der Verdichtungsgebiete – in der Regel seit langem aufweisen, wurde aus den verschiedensten Gründen schon immer von vielen beklagt. Die ungünstigen Auswirkungen dieses Wanderungsverlustes wurden jedoch durch den Geburtenüberschuß in diesen Teilräumen weitgehend ausgeglichen. Der Wanderungsverlust zehrte – bei regionaler, jedoch nicht bei lokaler Betrachtung – in den meisten Fällen nur einen Teil des Geburtenüberschusses auf. Die Bevölkerungszahl wuchs, wenn auch verlangsamt, weiter. Die Bevölkerungssubstanz blieb erhalten. Damit wird künftig in weiten Teilen des ländlichen Raumes jedoch nicht mehr zu rechnen sein.

Verstärkter Geburtenrückgang im ländlichen Raum

Die Vorausberechnungen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von K. Schwarz¹ kommen bekanntlich zu dem Ergebnis, daß in zahlreichen Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogrammes, die überwiegend als ländlich zu bezeichnen sind, bereits Mitte 1980 mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist, der sich bis zum Jahre 2 000 verstärkt. Gemessen am Ergebnis der Volkszählung 1970, wird dann dieser Rückgang z. B. in den Gebietseinheiten Mittelholstein-Dittmarschen 6,2 v. H., Göttingen 4,8 v. H., Bamberg-Hof 2,4 v. H. betragen. Hinzu kommt der weiterhin zu erwartende Rückgang durch den Abwanderungsüberschuß. Die Abwanderung wird dort also nicht mehr aus Geburtenüberschüssen gespeist. Sie greift vielmehr in die Bevölkerungssubstanz ein und vermindert damit die Fortpflanzungsenergie dieser Räume, weil vornehmlich die jüngeren Jahrgänge abwandern.

Auf die Gründe für die rückläufige Geburtenrate kann hier nur insofern eingegangen werden, als sie eine Beurteilung solcher Bevölkerungsvorausschätzungen ermöglichen. Rainer Mackensen² kam auf der Frühjahrstagung 1975 der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. in Cuxhaven zu dem Ergebnis, daß die bisherigen Vorausschätzungen vor allem für die landwirtschaftlich orientierten ländlichen Räume noch zu günstig ausgefallen sind, weil

dabei von einem gleichbleibenden generativen Verhalten ausgegangen wurde. Mackensen ist dagegen der Meinung, daß die Ausbreitung des neuen Leittyps generativen Verhaltens noch nicht beendet ist. Daher sei dort auch künftig noch mit einem verstärkten Rückgang der Geburtenraten zu rechnen.

Der Bevölkerungsrückgang wird sich jedoch nicht linear vollziehen. Diese Tatsache ist für eine Beurteilung der Konsequenzen für den ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung. Paul Jost³ wies in Cuxhaven darauf hin, daß bis zum Jahre 1990 die Bevölkerung der Bundesrepublik nur relativ langsam zurückgehen werde (Stagnationsphase); danach werde der eigentliche Schrumpfungsprozeß einsetzen. Dann wüchsen die relativ starken Jahrgänge in hohe Sterbewahrscheinlichkeiten hinein, und vor allem kämen dann die ersten schwachen Jahrgänge aus der Stagnationsphase ins Heiratsalter. Daher sei ein weiteres, starkes Absinken der Geburtenzahlen zu erwarten. Bei gleichbleibendem generativem Verhalten werde die Konsolidierungsphase etwa Mitte des nächsten Jahrhunderts eintreten. Nach K. Schwarz wird die Bevölkerung der Bundesrepublik von gegenwärtig 62 Mill. Einwohner bis 1990 auf 59,5 und bis 2020 auf 50,2 Mill. Einwohner zurückgehen. Bei unverändertem Anhalten der gegenwärtigen Tendenzen in der regionalen Entwicklung muß davon ausgegangen werden, daß diese Bevölkerungsverminderung vor allem im ländlichen Raum einsetzen wird. Dabei ist mit weitreichenden Auswirkungen zu rechnen.

Größer werdende Einzugsbereiche

Der Rückgang der Bevölkerung im ländlichen Raum führt zunächst einmal zu einer verringerten Bevölkerungsdichte und damit zu einer empfindlichen Verdünnung der Besiedlung. Die Versorgung der verbleibenden Bevölkerung wird erschwert und vielfach teurer, weil bestehende Einrichtungen nicht mehr ausgelastet werden können oder größere Entfernungen überbrückt werden müssen. Von dieser Entwicklung werden wegen der rückläufigen Geburtenraten die Kindergärten und die Schulen zuerst betroffen. Bei einer Geburtenziffer von 18,3, dem Bundesdurchschnitt von 1963, haben noch 911 Einwohner ausgereicht, um bei durchschnittlicher Altersgliederung einen Kindergarten, bestehend aus 2 Gruppen zu je 25 Kindern, mit allen Drei- bis Sechsjährigen zu füllen. Sinkt die Geburtenrate auf 11,0 – den

1 Schwarz, K.: Ausgewählte Daten zur voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung. Unveröffentl. Material der Akademie für Raumforschung und Landesplanung vom 15. 2. 1975.

2 Mackensen, R.: Bestimmungsgründe für die Bevölkerungsentwicklung in unserer Zeit. In: Geburtenrückgang – Konsequenzen für den ländlichen Raum. – Hannover 1975. = Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, H. 73.

3 Jost, P.: Quantitative Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf die ländlichen Räume. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

nach Variante II der 4. koordinierten Vorausschätzung erwarteten Bundesdurchschnitt 1972/85 –, dann steigt die erforderliche Einwohnerzahl auf 1 515 Einwohner. Während in städtischen Bezirken lediglich der Bedarf an Kindergärten sinken wird, führt diese Entwicklung im ländlichen Raum zu erheblich größeren Einzugsbereichen für die einzelnen Kindergärten. Dann wachsen die Transportkosten bei bestehenden Kindergärten. Wo es jedoch noch keine Kindergärten gibt, sinken wegen der steigenden Kosten die Chancen, daß dort überhaupt noch welche eingerichtet werden⁴.

Ähnliches gilt für die Schulen, weil bei den wachsenden Anforderungen an die öffentlichen Kassen nicht damit zu rechnen ist, daß die Klassenfrequenzen der sinkenden Schülerzahl entsprechend vermindert und die Ausbildungskosten je Kind dadurch verteuert werden. »Während heute noch Gemeinden von 6 000 Einwohnern aufgrund der früheren hohen Geburtenraten ein zweizügiges Hauptschulsystem füllen können, werden 1985 schon fast 12 000 Einwohner notwendig sein, um eine solche Schule auszulasten, die doch nur das gesetzlich geduldete Betriebsminimum darstellt. Im Gegensatz zu den Kindergärten, wo angesichts des weit verbreiteten Ausstattungsdefizits die Bevölkerungsimplosion Erleichterungen verschaffen kann, ist bei den Pflichtschulen nur mit Erschwerungen zu rechnen. Sollte die Übergangsquote auf weiterführende Schulen noch weiter ansteigen, dann werden die nachteiligen Folgen des Geburtenrückganges für diesen Bildungssektor entsprechend abgemildert, für die Berufsschulen allerdings noch verschärft, zumal hier die fortschreitende Arbeitsteilung zusätzliche Berufe entstehen läßt und dafür entsprechende Klassen an den Berufsschulen bei stark sinkenden Schülerzahlen eingerichtet werden müssen, wodurch eine zusätzliche Erweiterung des Einzugsgebietes erforderlich wird«⁵.

Mit den räumlichen Dimensionen solcher Einrichtungen hat sich Willy Heidtmann befaßt⁶. Wenn man nach Rolff⁷ die Mantelbevölkerung einer acht- bis zehnstufigen Sekundarstufe I, die die zehn- bis sechzehnjährigen Schüler an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien umfaßt, mit 16 000 bzw. 20 000 Einwohnern annimmt, dann ergeben sich in stadtnahen ländlichen Räumen mit einer Bevölkerungsdichte von 500 Einwohnern/qkm Radien der Einzugsbereiche von 3,6 km. In gut strukturierten ländlichen Räumen mit 250 E/qkm erhöhen sich diese auf 5 km und in ländlichen Problemgebieten mit 20 E/qkm auf etwa 18 km. Für eine zehnzügige Sekundarstufe II hält Rolff eine Mantelbevölkerung von etwa 30 000 Einwohnern für erforderlich. In den dünner besiedelten Räumen oder in den Räumen, in denen die Bevölkerungsdichte abnimmt, ist für diesen Schultyp also

mit noch längeren Wegen zu rechnen. Heidtmann stellt mit Recht die Frage »... ob zugunsten kürzerer Schulwege auch ausnahmsweise vier- bis sechszügige Schulen angeboten werden können. Die zu erwartende pädagogische Benachteiligung ist gegen die nicht nur aus gesundheitlichen Gründen zu begrüßende Verkürzung der Schulwege sorgsam abzuwägen«⁸. Zusammenfassend kommt er zu dem Schluß, daß – unter Berücksichtigung der derzeitigen Normen für die infrastrukturelle Ausstattung – die infrastrukturelle Tragfähigkeit ihre äußerste Grenze offensichtlich zwischen 30 und 35 E/qkm habe. Das aber ist eine Bevölkerungsdichte, die zu mindestens in einigen Teilen des ländlichen Raumes schon heute fast erreicht ist. Es ist daher zu erwarten, daß bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung große Teile des ländlichen Raumes in diese Größenordnung der Bevölkerungsdichte gelangen werden. Eine solche Entwicklung kann nicht ohne Einfluß auf die Siedlungsstruktur bleiben.

Konzentration der Bevölkerung

Regionale Untersuchungen lassen erkennen, daß bereits zwischen 1961 und 1970 durch die Binnenwanderung Veränderungen der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum ausgelöst wurden. So hat z. B. eine Untersuchung der Agrarsozialen Gesellschaft in der Gebietseinheit 4 (Lüneburger Heide) ergeben, daß im 15-Minuten-Radius der starken Mittelzentren Lüneburg (+ 32 v.H.) und Celle (+ 39 v.H.) eine starke Zuwanderung erfolgt ist⁹. Dagegen sind die Einwohnerzahlen in Ortschaften außerhalb der 30-Minuten-Radien nur noch in Ausnahmefällen gewachsen; nämlich dann, wenn die Verkehrslage noch relativ günstig zu diesen Mittelzentren war. Entsprechende Veränderungen der Altersstruktur in den verschiedenen Zonen waren die Folge. Die unter Sechsjährigen wie die Einundzwanzig- bis Fünfundvierzigjährigen sind in den stärker wachsenden Ortschaften überdurchschnittlich vertreten.

Es ist also bereits in dem vergangenen Jahrzehnt zu einer Veränderung in der Besiedlung gekommen, die unter dem Einfluß der zu erwartenden künftigen Entwicklung fortschreiten wird. Man wird damit rechnen müssen, daß vor allem die Bevölkerungszahl der verkehrsun günstig gelegenen Ortschaften abnehmen wird. Aber auch in den größeren Ortschaften und selbst in den Mittelzentren wird sich neben dem Geburtenrückgang die Bereitschaft zur Abwanderung verstärken, weil immer größere Teile der heranwachsenden Jahrgänge weiterführende Schulen besucht haben. Damit sind sie zwangsläufig mobiler geworden, weil sie ihrer Ausbildung entsprechend höher qualifizierte Arbeitsplätze suchen. Wenn es

4 Jost, P.: ebenda.

5 Jost, P.: ebenda.

6 Heidtmann, W.: Auswirkungen der Bevölkerungsimplosion auf die infrastrukturelle Ausstattung ländlicher Räume. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

7 Rolff, H.-G.: Die Stufenschule. – Stuttgart 1974.

8 Heidtmann, W.: a. a. O.

9 Heidtmann, W., u. a.: Der Ausbau von Entwicklungszentren in strukturschwachen Gebieten. – Göttingen 1974. (Noch unveröffentl. Mskr.)

nicht gelingt, die größer werdende Wanderungsbereitschaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes nutzbar zu machen, ist mit einer noch stärkeren Veränderung der Siedlungsstruktur zu rechnen. Dann sind auch die derzeitigen Zentren des ländlichen Raumes in Gefahr, so erhebliche Substanzverluste zu erleiden, daß sie ihre Funktion als Standorte für Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen für ihre Verflechtungsbereiche nicht mehr erfüllen können. Aber selbst bei günstigem Entwicklungsverlauf, wenn es gelingt, größere Teile der wanderungsbereiten ländlichen Bevölkerung in entwicklungsfähige Zentren des ländlichen Raumes zu lenken, muß davon ausgegangen werden, daß nicht alle derzeitigen zentralen Orte ihre Funktion behalten werden. Das Netz der zentralen Orte wird mit Sicherheit weiter werden. Damit wachsen die Entfernungen für viele Einwohner der Verflechtungsbereiche, was wiederum deren Wanderungsbereitschaft beeinflussen kann¹⁰.

Konzentration der Arbeitsstätten

Von besonderer Bedeutung ist die Verringerung der Bevölkerungszahlen für die künftige Wirtschaftsstruktur, zumal in weiten Teilen des ländlichen Raumes schon heute zu wenig industriell-gewerbliche Arbeitsplätze vorhanden sind. Eine echte Überlebenschance meint *Paul Klemmer*¹¹ längerfristig nur solchen Arbeitsmarktbereichen garantieren zu können, in deren Einzugsbereich 90 000 bis 100 000 Menschen bzw. 40 000 bis 50 000 Erwerbspersonen leben. Bereits heute sei festzustellen, daß in regionalen Arbeitsmärkten, deren Bevölkerungsdichte unter 100 E/qkm liegt, und denen ein Zentrum von mehr als 30 000 bis 40 000 Einwohnern fehlt, die Industrialisierungschancen rapide absinken. Differenzierend wirkt dabei auch die Lage solcher Arbeitsmärkte im Raum mit. Bei peripherer Randlage verschlechtern sich die Entwicklungschancen noch mehr. Diese Feststellungen wurden durch die Untersuchungen der Agrarsozialen Gesellschaft in der Gebietseinheit 4 (Lüneburger Heide) voll bestätigt¹². Gute Entwicklungschancen haben dort Lüneburg mit ca. 60 000 Einwohnern im Stadtgebiet und weiteren 52 000 Einwohnern in der 30-Minuten-Zone sowie Celle (ca. 57 000 und 70 000 Einwohner). Erheblicher Anstrengungen bedarf es bereits, die vorhandenen Ansätze im ebenfalls verkehrsgünstig gelegenen Uelzen (ca. 25 000 und 61 000 Einwohner) auszunutzen. Die etwas ungünstigere Verkehrslage von Soltau (16 000 und 40 000 Einwohner) so-

wie die Aufsplitterung der dortigen wirtschaftlichen Aktivitäten auch auf die miteinander konkurrierenden Orte Fallingb., Walsrode und Bomlitz schränken die Entwicklungsfähigkeit deutlich ein. Die abseitige Lage von Lüchow und Dannenberg sowie ihre geringen Einwohnerzahlen (6 300 und 4 000 Einwohner sowie 3 000 Einwohner in der 30-Minuten-Zone) und die insgesamt sehr geringe Bevölkerungsdichte – 42 E/qkm im Landkreis Lüchow-Dannenberg – erschweren die Entwicklung dieses Raumes außerordentlich.

Die künftige Bevölkerungsentwicklung wird aber auch einen wesentlichen Einfluß auf die Qualität der Arbeitsplätze im ländlichen Raum haben. Es ist üblich geworden, die räumlichen Teilarbeitsmärkte in zwei Teilbereiche zu gliedern¹³. Der eine Teilarbeitsmarkt setzt sich vor allem aus ungeschulten Erwerbstätigen mit geringem betriebsspezifischem Training und niedriger sozialer Stellung zusammen. Der zweite Teilarbeitsmarkt umfaßt höher qualifizierte Arbeitskräfte, die zumeist eine mittlere oder höhere Schulausbildung besitzen und in vielen Fällen auch eine betriebsspezifische Ausbildung erfahren haben. Im ersten Teilbereich findet in der Regel eine unterdurchschnittliche Entlohnung statt. Die Anfälligkeit für konjunkturelle Schwankungen ist relativ hoch. Die Angehörigen des zweiten Teilbereiches haben dagegen eine überdurchschnittliche Entlohnung und qualifikatorische Bindungen an ihre Betriebe. Sie sind daher nicht nur stärker gegen konjunkturelle Krisen abgesichert, sondern haben auch gute betriebsinterne Aufstiegschancen. Da die Betriebe des zweiten Teilbereiches nicht gleichmäßig im Raum verteilt sind, sondern sich primär auf Großstädte und Verdichtungsräume konzentrieren, üben sie einen starken Sog auf die qualifizierten Kräfte des ländlichen Raumes aus. Wenn diese außerhalb der Pendlereinzugsbereiche von großstädtischen Zentren mit mindestens 120 000–150 000 Einwohnern leben, werden sie dorthin umziehen. Damit tritt eine regionale Entmischung der Bevölkerung ein, die zu einer Qualitätsminderung des Erwerbspersonenangebotes der ländlichen Räume führen wird. Dieser Vorgang trat bisher kaum in Erscheinung, weil die Abwanderung der qualifizierten Erwerbspersonen wegen des früher geringen Ausbildungsniveaus nicht sehr umfangreich war und wegen der hohen Geburtenraten keine regionalen Entleerungseffekte eintraten. Mit beidem ist künftig zu rechnen.

Des weiteren ist nach *Klemmer*¹⁴ mit einer unterschiedlichen Entwicklung der Sogfelder der beiden Teilarbeitsmärkte zu rechnen. In der letzten Zeit sind die Sogfelder der Arbeitsstätten für qualifizierte Arbeitskräfte größer geworden, weil diese infolge wachsender Betriebsgrößen auf größere Zentren angewiesen sind, deren Einzugsbereiche wegen der gestiegenen räumlichen Mobilität – eine Folge zunehmender Motorisierung –

10 Vgl. auch: Entwicklung ländlicher Räume. (Hrsg.): Institut für Kommunalwissenschaften. Konrad-Adenauer-Stiftung, Köln. — Bonn 1974. = Studien zur Kommunalpolitik, Bd. 2.

11 *Klemmer, P.*: Auswirkungen der Bevölkerungsimplosion auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes im ländlichen Raum. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

12 *Heidtmann, W.*, u. a.: Der Ausbau von Entwicklungszentren in strukturschwachen Gebieten, a. a. O.

13 Vgl. *Klemmer, P.*: a. a. O. und die dort angegebene Literatur.

14 *Klemmer, P.*: ebenda.

ausgeweitet wurden. Die kleineren Sogfelder für weniger qualifizierte Erwerbspersonen haben sich bislang wenig erweitert; vor allem wohl deshalb, weil die räumliche Mobilität dieser Kräfte geringer ist. Durch weiter steigende Betriebsgrößen und den Rückgang der Geburten, wodurch die räumliche Mobilität der Frauen größer werden kann, können auch diese Einzugsbereiche weiter wachsen. Die Maschen im Netz der leistungsfähigen Zentren werden weiter. Das kann zur Folge haben, daß in abgelegenen Teilen des ländlichen Raumes zu wenig Arbeitsplätze für Personen, die nur kürzere Pendelentfernungen überbrücken können, angeboten werden, und diese deshalb auch abwandern müssen.

Man wird daher davon ausgehen müssen, daß durch den Geburtenrückgang, die zunehmende Wanderungsbereitschaft und die strukturellen Veränderungen in der gewerblichen Wirtschaft eine Konzentration der Arbeitsplätze in größeren, weiter voneinander entfernten Standorten erfolgen wird. Es bestehen die gleichen Tendenzen wie im Bereich der Infrastruktur. Die Bevölkerung an den Nahtstellen der Sogfelder dieser Zentren oder außerhalb der Sogfelder dieser Zentren und der Verdichtungsräume wird weite Strecken überbrücken müssen, um die Arbeitsplätze oder die Versorgungszentren zu erreichen – oder sie wird abwandern müssen.

Funktionsverluste der kleineren Gewerbebetriebe

In diesem Zusammenhang verdienen auch die kleinen und mittleren gewerblichen Betriebe im ländlichen Raum Aufmerksamkeit, die vor allem für die kleinen lokalen Arbeitsmärkte wichtige Funktionen erfüllen. Sie bieten ortsnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze an und stützen die Finanzkraft auch der kleineren Zentren. Auf die Bedrohung dieser Funktionen durch den Bevölkerungsrückgang wies *Heinz Gechter*¹⁵ hin. Soweit diese Betriebe nahbedarfsorientiert sind, werden sie sich der Bevölkerungsentwicklung und den Veränderungen der Siedlungsstruktur anpassen müssen. Ein Teil wird mit der abwandernden Bevölkerung in die Zentren ziehen müssen. Andere Betriebe werden im Zuge des Strukturwandels in der gewerblichen Wirtschaft aufgelöst werden. Es wird sich auch herausstellen müssen, inwieweit auch gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe bei sehr geringer Bevölkerungsdichte ihre Nahversorgungsfunktion aufrechterhalten können.

Günstiger sieht es für fernbedarfsorientierte Betriebe aus. Sie werden an vielen kleinen Zentren auch weiterhin ein genügend großes Angebot an Arbeitskräften haben, deren Qualifikation wachsen wird. Da diese Betriebe vielfach keine sehr engen Verflechtungen mit benachbarten Betrieben haben, berührt sie deren Entwicklung – falls diese aufgelöst werden oder abwandern – kaum.

Auch die Ausbildungsfunktion der kleinen und mittleren gewerblichen Betriebe ist vielfach problematisch, weil von den Eltern der Auszubildenden bei der Wahl des Ausbildungsplatzes vorrangig die Ortsnähe positiv beurteilt wird. Die Frage, ob die Ausbildung in entwicklungsfähigen Branchen erfolgt, tritt demgegenüber oft in den Hintergrund. Daher wird gerade im ländlichen Raum vielfach am künftigen Bedarf vorbei ausgebildet.

Die Frage der Standortwahl für neu zu errichtende, aber auch für auszubauende gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe wird künftig sehr sorgfältig erfolgen müssen. Dabei darf die Ortsnähe nicht überbewertet werden. Den Vorteilen für Betriebe und Beschäftigte stehen auch gewichtige Nachteile entgegen, die nun einmal von kleinen Standorten – vor allem, wenn sie abgelegen sind – und einseitigen kleinen, lokalen Arbeitsmärkten ausgehen.

Wenig betroffene Landwirtschaft

Der einzige Bereich unserer Wirtschaftsstruktur, der von dem Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum nicht direkt betroffen wird, ist die landwirtschaftliche Produktion. *Werner Kirchhoff*¹⁶ ist sicher zuzustimmen, wenn er davon ausgeht, daß leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe auch bei stark verringerter Bevölkerungsdichte weitergeführt werden. Hinsichtlich der Bodenmobilität sind durch die Abwanderung aus peripheren Räumen sogar positive Impulse zu erwarten, weil Zu- und Nebenerwerbslandwirte dort ihre Betriebe werden aufgeben müssen, wenn ihre außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze zu weit entfernt sind. Bei ausreichender natürlicher Ertragsfähigkeit können sich in solchen Gebieten dann sehr leistungsfähige Betriebe entwickeln. Die Versorgung dieser landwirtschaftlichen Bevölkerung bei sehr geringer Bevölkerungsdichte dürfte keine unlösbare Aufgabe sein. Man wird jedoch zu speziellen Formen der Versorgung übergehen müssen. Dafür gibt es genügend Beispiele aus dünn besiedelten Agrargebieten in der ganzen Welt. Solche Versorgungsprobleme werden in der Bundesrepublik außerdem weniger schwierig werden, weil die Entfernung zu den Mittelzentren selbst in extremen Räumen kaum eine Autostunde überschreiten wird.

In der Nähe der Zentren des ländlichen Raumes wird sich dagegen keine grundlegende Veränderung der Agrarstruktur als Folge des Bevölkerungsrückganges ergeben. Es ist noch nicht genügend deutlich zu übersehen, ob in diesen Teilräumen von den wachsenden Möglichkeiten der Einkommenskombination Gebrauch gemacht werden wird. Die Motive für eine nebenberufliche Landbewirtschaftung sind so vielschichtig, daß gesicherte Voraussagen nicht zu machen sind. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß bei guten Erwerbsalternativen die

15 *Gechter, H.*: Auswirkungen auf Struktur und Funktionen der Mittel- und Kleinbetriebe. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

16 *Kirchhoff, W.*: Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Entwicklung. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

landwirtschaftliche Produktion nebenberuflich nur so lange aufrechterhalten wird, wie sie wirtschaftlich interessant ist. Dazu gehört auch der Einsatz sonst nicht verwendbarer Arbeitskapazitäten von Frauen und Altleuten wie die Verwendung vorhandenen Inventars und anders nicht nutzbarer Gebäude. Wenn derartige Möglichkeiten nicht bestehen, ist vor allem die nachfolgende Generation oft genug nicht bereit, die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Für diese Generation trifft offensichtlich auch das Sicherheitsstreben der älteren nicht zu, denn auch die Behauptung, daß Nebenerwerbslandwirte in Konjunkturkrisen als erste arbeitslos werden, entbehrt – wie die Gegenwart beweist – jeglicher Grundlage.

Beängstigende Auswirkungen auf das Zusammenleben im ländlichen Raum

Schließlich gilt es zu prüfen, welche Auswirkungen der Bevölkerungsrückgang auf Familie, Nachbarschaft und das Zusammenleben im ländlichen Raum hat. Nach den bereits getroffenen Feststellungen kommt *Peter Sinkwitz* zu dem Schluß, daß sie nur überwiegend negativ bis beängstigend sein können¹⁷. Die nichtlandwirtschaftliche Familienstruktur werde gestört, weil die Jüngeren, dem qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot folgend, in die Zentren abwandern. Die Alten bleiben allein zurück. Die dörflichen Vereine sieht *Sinkwitz* als entscheidendes Instrument zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der zwischenmenschlichen Beziehung an. »Wenn als kumulative Folge des Geburtenrückganges ... die Abwanderung der Jugend hinzukommt, dürfte das Schicksal vieler Vereine und mit ihnen vieler Dörfer besiegelt sein«¹⁸.

Als Auswirkung von Geburten- und Bevölkerungsrückgang würden ganz neue oder intensivere Kommunikationsbedürfnisse in den Orten entstehen. Bei rückläufiger Haushaltsgröße wachse das Kooperationsbedürfnis mit Menschen, die vor gleichen Problemen stünden. Dem gestiegenen Kommunikationsbedürfnis stehe jedoch häufig ein mangelndes sprachliches Ausdrucksvermögen entgegen. Besonders schwierig werde es, wenn noch das Generationsproblem stark unterschiedlicher Werthaltungen und Lebensbedürfnisse hineinspielen. Laufe ein Raum infolge des Geburtenrückgangs allmählich leer, so bedeute dies für die Gesamtheit der Verbleibenden einen sozialen Abstieg. Das könne in besonderem Maße einzelne Ortschaften treffen. Der Geburtenrückgang könne hier wie ein Sog wirken, dem der einzelne hilflos gegenüber stünde¹⁹.

Folgerungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Die Auswirkungen des veränderten generativen Verhaltens sind so offenkundig geworden, daß man sie bei der Erarbeitung von Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raumes nicht mehr vernachlässigen kann. Nun ist die künftige Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum sicher nicht so eindeutig, wie es die Status-quo-Prognose erscheinen läßt. *Rainer Mackensen* und *Peter Sinkwitz* ist beizupflichten, wenn sie darauf hinweisen, daß auch manche Faktoren für ein späteres Wiederanstiegen der Geburtenrate sprechen. Dennoch erscheint es unumgänglich, die derzeitigen Ziele und Instrumente zur Entwicklung des ländlichen Raumes zu überprüfen. Da man aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes erhalten muß, gilt es zunächst die Konkurrenzsituation zwischen den Großstädten und Verdichtungsräumen einerseits und dem ländlichen Raum andererseits um die Arbeitsstätten und die Arbeitskräfte zu entschärfen. Denn die Konkurrenz um das knapper werdende Entwicklungspotential – vor allem um die Menschen, aber auch die öffentlichen Mittel – wird zwangsläufig härter, weil auch die Großstädte und Verdichtungsräume von den Folgen des Geburtenrückganges nicht verschont bleiben. Die forciert betriebene Stadterneuerung mit dem Ausbau der Infrastruktur und der Verbesserung des Wohnungsangebotes verstärkt die Sogwirkung auf die Bevölkerung des ländlichen Raumes und verbessert die Standortgunst für Betriebsansiedlungen weiter.

Für Ansiedlungsgeschenke – wo auch immer – können öffentliche Mittel nicht mehr eingesetzt werden. Dabei geht es nicht um dirigistische, sondern nur um wirksamere, indirekt wirkende Instrumente. Die für den ländlichen Raum verfügbaren Mittel müssen gezielter als bisher eingesetzt werden. Dabei wird man um eine stärkere regionale Differenzierung des Instrumentariums nicht herumkommen.

Wenn man einer großräumigen Bevölkerungsentleerung vorbeugen will, dann wird man in den davon bedrohten Regionen wenigstens einige starke Zentren entwickeln müssen. Die Erfahrung lehrt, daß man sich dabei nicht darauf verlassen kann, daß die anderenorts erfolgreichen Instrumente überall greifen und wirksam werden. Wo sie es nicht tun, müssen spezielle Instrumente eingesetzt werden, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Generell wird man stärker als bisher das vorhandene und verbleibende Entwicklungspotential konzentrieren müssen, um leistungsfähige Zentren in der unter anderen von *Paul Klemmer* genannten Größenordnung zu erreichen. Wenn dieses nicht gelingt, werden die qualifizierten Erwerbspersonen des ländlichen Raumes Arbeitsstätten mit einem entsprechenden Arbeitsplatzangebot und Siedlungen mit dem erwarteten Wohn- und Freizeitwert nur noch in den Großstädten und Verdichtungsräumen

17 *Sinkwitz, P.*: Auswirkungen auf Familie, Nachbarschaft und das Zusammenleben im ländlichen Raum. In: Geburtenrückgang, a. a. O.

18 *Sinkwitz, P.*: ebenda.

19 *Sinkwitz, P.*: ebenda.

sowie in deren Randzonen finden. Sie gehen dann dem ländlichen Raum weitgehend verloren, der damit auch jegliche Chance verliert, für Zuwanderer aus Großstädten und Verdichtungsräumen attraktiv zu werden.

Auf dem flachen Lande, besonders an den Randzonen der Verflechtungsbereiche der leistungsfähigen Zentren im ländlichen Raum, wird die Bevölkerung sehr viel Eigeninitiative aufbringen müssen, um angemessene Lebensbedingungen zu erreichen. Durch geeignete Unterrichts- und Bildungsmaßnahmen müsse das Denken der Bewohner kleiner Ortschaften in größeren räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen gefördert werden. Wegen der Zusammenlegung zu großräumigen Gemeinden brauche jeder Ort so etwas ähnliches wie permanente Bürgerinitiativen für die Wahrung der örtlichen Belange. Die soziale Kooperationsfähigkeit sei nach zwei Richtungen hin zu erweitern: Einerseits hin zu einer Neubelebung der Nachbarschaften als sozialer Selbsthilfeeinrichtungen, andererseits in Richtung auf eine kooperative Zusammenfassung aller in den Bereichen Bildung, dörfliche Zusammenarbeit, Geselligkeit

und soziale Betreuung tätigen dörflichen Vereine, berufsständischen Gruppen und Kirchen (*Sinkwitz*).

Dem ländlichen Raum und seiner Bevölkerung bleiben entscheidende Veränderungen nicht erspart. Das Ausmaß der zu erwartenden Veränderungen wird größer sein, als man es bislang bereits befürchtete. Wichtige Faktoren, wie die Entwicklung der Einwohnerzahlen, der Wirtschaft und der öffentlichen Förderungsmittel, werden künftig keinen so positiven Einfluß auf die Gestaltung des ländlichen Raumes mehr haben wie bisher. Diese veränderte Situation macht eine Überprüfung der bisherigen und die Erarbeitung einer neuen Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raumes erforderlich. Je schneller die für den ländlichen Raum Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und berufsständischen Organisationen die Zwangsläufigkeiten und die Interdependenzen der wirkenden Faktoren einsehen und entsprechende Entscheidungen fällen, desto mehr läßt sich von dem noch vorhandenen Entwicklungspotential im ländlichen Raum für seine künftige Gestaltung retten, damit er funktionsfähig bleibt.